



Die preußischen Depeschen in der deutschen Frage.

Die Depesche des Ministers des Auswärtigen, Herrn v. Bismarck, an den königl. preußischen Bundesstaats-Gesandten, Herrn v. Sydow, lautet nach der „Nord.“ A. Z.“ folgendermaßen:

Baden-Baden, 21. August 1863.

Ew. Ex. werden durch meine früheren Mittheilungen und durch die vom heutigen Tage die Überzeugung gewonnen haben, daß Sr. Majestät der König den österreichischen Reformbestrebungen gegenüber an der Auffassung festhält, welcher Allerhöchsttersele in dem Schreiben vom 4. d. Mts. in Beantwortung der Einladung Sr. Majestät des Kaisers von Österreich Ausdruck gab.

Wenn des Königs Majestät Sich an den Verhandlungen einer Versammlung der deutschen Fürsten beteiligt, so entspricht es der Würde Sr. Majestät, daß die dabei von Allerhöchsttersele den verbündeten Monarchen gegenüber abzugebenden Erklärungen, welche über die Zukunft der eigenen Monarchie und deren Stellung im deutschen Bunde entscheiden, der wohlwollende Ausdruck der königlichen Willensmeinung und von bindender Kraft seien.

In der preußischen Monarchie jederzeit befolgten Grundätze bedingen, daß nur nach sorgfältiger und von Sr. Majestät gesetzlich vorgeschriebener Erwähnung an kompetenter Stelle Entschließungen gefaßt werden, welche die Interessen des Staates betreffen. Von dieser Regel abzuweichen, wollen des Königs Majestät Sich am allerwenigsten in einem Falle entschließen, wo es sich um die wichtigsten und folgen schwersten Entscheidungen handelt, zu welchen ein Monarch im Interesse seiner Staaten berufen sein kann. Wenn daher Sr. Majestät der König bei Gelegenheit Allerhöchsttersele Badereise unerwartet aufgefordert wurde, Allerhöchstterlich an entscheidenden Verhandlungen über eine fundamentale Neugestaltung der Bundesverträge in kürzester Frist zu betheiligen, und zwar auf Grundlage eines erst in Frankfurt a. M. Sr. Majestät vorgelagerten Programms, so unterlagen dies die Ueberzeugungen, von welchen der König in Betreff Allerhöchsttersele Pflichten gegen das eigene Land, sowie gegen die Fürsten des deutschen Bundes beseitigt ist, mit welchen Allerhöchsttersele zu verhandeln gehabt haben würde. Letztere Pflichten und die Rücksicht auf die eigene Würde hätten Sr. Majestät nicht gestattet, andere als bestimmte und endgültige Erklärungen in den Verhandlungen abzugeben und daß dies nur nach der gründlich geschäftsmäßigen Erwähnung und Bearbeitung des zu Erklärenden gehe, betrachten Sr. Majestät als geboten durch die lgl. Pflichten gegen Allerhöchstterre Krone und deren Unterthanen.

Diese Betrachtungen erscheinen an sich als der natürliche Ausfluß einer richtig Auffassung der Obliegenheiten jedes Regenten eines großen Staates. Sie gewinnen aber noch ein verstärktes Gewicht, nachdem durch die öffentlichen Blätter die Reformvorschläge bekannt geworden sind, welchen die von Sr. Majestät dem Kaiser von Österreich nach Frankfurt berufenen Souveräne sich unvorbereitet gegenüber zu finden bestimmt waren. Dass eine so umfassende, und theils direkt, theils durch ihre Bezugnahme auf die männigfältigsten Bestimmungen der bestehenden Bundes-Verträge, so tief in die Souveränitäts- und Vertrags-Rechte aller deutschen Staaten eingreifende Vorlage den Fürsten in der Form einer Überraschung zur schleunigen persönlichen Beschlussnahme in wenigen Tagen würde vorgelegt werden, darauf waren wir, selbst nach den Mittheilungen Sr. Majestät des Kaisers von Österreich an Sr. Majestät den König vom 3. d. Mts., nicht vorbereitet. Und selbst wenn dieses damals ohne Zweifel vollendete Elaborat vom 3. d. M. vollständig zur Kenntnis Sr. Majestät des Königs gebracht worden wäre, würde ich es für eine Uebereilung gehalten haben, wenn die Räthe Sr. Majestät des Königs die ordnungsmäßige Vorbereitung der allerhöchsten Entschließungen bis zum 16. d. Mts. hätten durchführen wollen, ganz abgesehen von den zur Zeit obwaltenden räumlichen und persönlichen Schwierigkeiten des Geschäftsganges.

Eure Excellenz werden seiner Zeit aus dem königl. Ministerium von Berlin aus die eingehendere Entwicklung der Ansicht der königlichen Regierung über die diesseitigen und über die vorliegenden österreichischen Reformpläne erhalten. Für jetzt erläutert ich nur, daß die letzteren unserer Ansicht nach weder der berechtigten Stellung der preuß. Monarchie, noch den berechtigten Interessen des deutschen Volkes entsprechen. Preußen würde der Stellung, die seine Macht und seine Geschichte ihm in dem europäischen Staaten-Vereine geschaffen haben, entgegen, und Gefahr laufen, die Kräfte des Landes Zwecken dienstbar zu machen, welche den Interessen des Landes fremd sind, und für deren Bestimmung uns dasjenige Maß von Einfluß und Kontrolle fehlen würde, auf welches wir einen gerechten Anspruch haben.

Ew. Ex. wollen Ihre Neuverfügungen dem vorstehenden Erklasse entsprechend einrichten.

St. Excellenz
Hrn. v. Sydow in Frankfurt a. M.

gez. v. Bismarck.

Das „Frankfurter Journal“ veröffentlicht nachstehende Depesche des preußischen Ministers des Auswärtigen, Herrn v. Bismarck an den preußischen Gesandten in Wien, Herrn v. Werther:

Gastein, 14. August.

Aus meinem Erlass vom gestrigen Tage, das Promemoria betreffend, mit welchem die Einladung Sr. Majestät des Königs nach Frankfurt a. M. motiviert worden war, werden Ew. Ex. entnehmen, daß es uns zunächst auf die Erledigung von Fragen ankommt, obne deren befriedigende Beantwortung jedem Streben nach Reform der Bundesverfassung, unserer Ansicht nach, den Boden fehlen würde. Vorbehaltlich der hierüber zu gewinnenden Rechten Anspruch habe ich mich Ew. Ex. einige Bemerkungen über den Inhalt und die Form der uns zugegangenen Eröffnungen mitzuteilen.

Nachdem der Kaiser Franz Joseph am 2. d. Mts. hier eingetroffen war, nahm Sr. Majestät bei einem am 3. stattfindenden Besuch bei unserem allernächsten Herrn Gelegenheit zur Befredigung der deutschen Bundesverhältnisse unter Vorlage des Ew. Ex. mit dem Erlass vom 13. überstandene Promemoria. Zu demselben gab Sr. Maj. der Kaiser die mündlichen Erklärungen, daß zunächst ein Fürstentag sich am 16. d. Mts. in Frankfurt a. M. versammele, daß an der Spitze des Bundes ein Directorium von fünf Fürsten stehen, daß der Bundesrat fortfahren solle, die laufenden Geschäfte zu verhandeln, daß aber aus sämtlichen Souveränen des Bundes ein zeitweise zusammenstehendes Oberhaus, und aus Delegirten der Landtage der einzelnen Staaten ein mit berathenden Altritionen versehenes Unterhaus gebildet werden solle.

Bei dieser und zwei an demselben Tage nachfolgenden Unterredungen sprach Sr. Majestät der König die entgegenstehenden Bedenken in dem Sinne des anliegenden Promemoria aus und erklärte schließlich bei dem Abschluß beider Monarchen, daß ein Fürstentag mit Nutzen für die ganze Angelegenheit der nothwendigen geschäftlichen Vorbereitungen wegen keinesfalls vor dem 1. Oktober eingeplant werden könne.

Nach dem Inhalt dieser Unterredungen war es für Sr. Majestät den König überraschend, kurz nach der Abreise von Sr. Majestät dem Kaiser am 3. Aug. Abends durch einen kaiserlichen Flügeladjutanten die offizielle, vom 31. Juli datierte kaiserliche Einladung zum 16. c. nach Frankfurt zu erhalten.

Das Einladungsschreiben ist Ew. Ex. bekannt; ebenso die darauf am 4. d. M. von unserm allernächsten Herrn an Sr. Maj. den Kaiser erlassene amtliche Antwort. Um dem kaiserlichen Kabinett Gelegenheit zu treffen, richtete Sr. Maj. noch am 4. ein Telegramm an Sr. Maj. den Kaiser, in welchem die Ablehnung der Einladung zum 16. bestimmt aufgeschrieben wurde.

Demungeachtet sind die österreichischen Einladungen an demselben Tage und ohne die diesseitige Antwort auf das kaiserl. Schreiben abzuwarten, unter dem Datum des 31. Juli erlassen worden.

Am 7. d. M. wurde durch einen kaiserlichen Flügel-Adjutanten Sr. Majestät dem Kaiser eine erneute Einladung unter Beifügung des abschriftlich anliegenden Promemoria überbracht. Dieselbe enthielt mit Rücksicht darauf, daß Sr. Majestät des Königs Baden, wenn sie regelmäßig beendet werden sollte, Allerhöchsttersele nicht gestatte, am 16. in Frankfurt anwesend zu sein, den eventuellen Vorschlag, einen der königlichen Prinzen in Vollmacht zu dem Kongreß zu entsenden. Sr. Majestät der König lehnte wiederholt in einem eigenhändigen Schreiben vom 7. d. sowohl das eigene Ertheilen, als die Entsendung eines königl. Prinzen ab.

Hierauf beschränkt sich der in der Sache bisher stattgehabte Schriftwechsel.

Mir scheint es, daß Vorschläge, welche tief in die gemeinsamen Interessen sämtlicher Bundesstaaten einzugeben bestimmt sind, wenn sie Erfolg haben sollen, nicht von einer der Bundesregierungen einheitlich vorbereitet und in einer für die anderen überraschenden Weise bis zu dem Stadium schleuniger Beschlusnahmen durch die Souveräne selbst gefordert werden können. Ich halte es der Würde des Königs, meines allernächsten Herrn, nicht entsprechend, sich nach Frankfurt zur Entgegnahme von Vorschlägen in Bundesangelegenheiten zu begeben, über welche der Rath Preußens nicht vorher gehört ist, und deren volle Tragweite Sr. Majestät erst in Frankfurt eröffnet werden soll. Um solche Fragen zur persönlichen Entscheidung der Monarchen reis zu machen, war es unerlässlich, sie vorher in diplomatischen Verhandlungen oder Ministerial-Conferenzen zu erörtern. Ich weiß nicht, auf welche Erfahrungen die kaiserliche Regierung den in dem zweiten Promemoria enthaltenen Ausspruch stützt, daß der Weg bloßer ministerieller Conferenzen sich noch als unpraktisch erprobt habe, und daß das schon oft gescheiterte Experiment weitaußerreichende Beratungen begünstiger Weise nicht wiederholt werde. Unseres Wissens ist die Bundesreformfrage seit den dresdner Conferenzen einer derartigen Beratung nicht unterzogen worden. Eine allerhöchste Meinungserklärung über die beabsichtigten Reformvorschläge zu erbitten, liegt für mich keine Veranlassung vor, so lange uns über den Inhalt und die Tragweite derselben nur allgemeine und unvollkommene Aneutungen zugekommen sind.

Ew. Ex. werden zu Ihrer eigenen Kenntnis aus dem anliegenden Memoire, in welches der König Allerhöchstterseine eigenen Neuverfügungen gegen den Kaiser verzeichnete, und welches am 4. nach Wien geschickt wurde, daß darüber Sr. Majestät dem König von Österreich unterzeichnete.

Die l. Regierung hat ihrerseits den Moment zur Ergreifung der Initiative von Reformvorschlägen nicht geeignet gehalten; wenn sie aber veranlaßt wird, sich auf diesem Gebiete auszusprechen, so kann ich, unter Bezugnahme auf die Ew. Ex. bekannten, in unserer Abstimmung in der Delegirtenfrage in der Sitzung vom 22. Januar d. J. niedergelegten Motiv lediglich die Meinung wiederholen, daß ich nur in einer nach dem Verhältniß der Volkszahl der einzelnen Staaten an directen Wahlen hervorgehenden Vertretung des deutschen Volkes, mit Befugnis zu beschließender Mitwirkung in Bundes-Angelegenheiten, die Grundlage von solchen Bundes-Institutionen erkenne, zu deren Gunsten die preußische Regierung ihrer Selbstständigkeit in irgend welchem erheblichen Umfang entzagen könnte, ohne die Interessen der eigenen Unterthanen und die politische Stellung des preußischen Staates wesentlich zu benachteiligen.

Ew. Ex. sind ermächtigt, dem Grafen Rechberg diese Depesche vorzulegen. (gez.) v. Bismarck.

Der Fürstentag.

Der „Nat.-Blg.“ wird vom 23. August aus Frankfurt geschrieben: Seit meinem letzten Bericht hat der Verlauf der Dinge hier eine neue überraschende Wendung genommen. Ich schreibe Ihnen damals, daß in den Kreisen der hier versammelten Fürsten Rathlosigkeit herrsche, und daß große Wahrscheinlichkeit für ein völliges Scheitern der Verhandlungen vorhanden sei. In der That war dies damals die überwiegende Ansicht in den eingeweihten Kreisen. Man hatte nach der Gründung des Congresses zu keiner zweiten Sitzung gelangen können. In den Privatkonzernen hatten sich die abweichendsten Ansichten kundgegeben, und die Zerlüftung schien mit jedem Tage zuzunehmen. Dazu kam nun die telegraphische Kunde von der definitiven Ablehnung des Königs von Preußen. Viele Bundesglieder waren denn doch von der ernstesten Besorgniß erfüllt, auf dem eingeschlagenen Wege in einen Sonderbund gegen Preußen hinzutgerathen, der zu den gefährlichsten Consequenzen führen könnte, und sahen sich nach irgend einer Thür zum Entschlipsen um. Unter diesen Umständen schien Alles auseinanderfallen zu müssen.

Wer die Ankunft des Königs von Sachsen mit der eigenhändigen Antwort des Königs von Preußen modifizierte die Lage wesentlich. Diese Antwort enthielt keineswegs, wie man vielfach erwartet hatte, einen Protest gegen die Fortsetzung der Verhandlungen. Vielmehr erklärte zwar der König mit schmerzlichem Bedauern, an seinem früheren Entschluss festzuhalten zu müssen, er nahm aber eine durchaus freundliche Stellung zu den Verhandlungen, deren Ergebniß er, wenn es an ihn gelange, mit den vollkommenen Unbefangenheit zu prüfen verhieß. So wurden alle Besorgnisse derjenigen Bundesglieder beschwichtigt, denen ein gutes Verhältniß zu Preußen vorzugsweise am Herzen liegt.

Von der anderen Seite darf man annehmen, daß die Verhandlungen des Abgeordnetentages am Freitag ihren Eindruck auf die anwesenden Fürsten nicht verfehlt haben, obwohl die Wirkung nicht eben die von den Mitgliedern dieser Versammlung beabsichtigte gewesen ist. Es steht fest, daß Österreich in durchaus berechneter Absicht den Congres gerade für den bereits früher für den Abgeordnetentag festgesetzten Termin berufen hat. Es war dabei wahrscheinlich auf eine Reihe radikaler Reden und Anträge spekulirt, welche die Fürsten in Bestürzung versegen und antreiben sollten, sich nun über Hals und Kopf unter das von Österreich dargebotene Nothdach zu flüchten. Der Abgeordnetentag verhandelte in dem Bewußtsein dieser Lage und hielt sich deshalb auf der Linie möglichster Mäßigung. Dennoch konnte der Gesamt-eindruck der Debatten natürlich kein anderer sein, als der, daß, wenn die Fürsten jetzt nicht irgend eine Reform der Bundesverfassung genehmigen, dann das Unberechenbare vor der Thüre stände. Und dies gerade ist es, was auch Österreich den hier versammelten Souveränen an- schließt.

Welchen Keim einer besseren Entwicklung man auch in dieser oder jener Einzelheit des Entwurfs entdeckt haben mag, in seiner Totalität ist er unbedingt verwerthlich — das ist hier das Urtheil aller Männer von wahrhaft liberaler Gesinnung aus allen Theilen Deutschlands.

Geht er aus der Fürstentagsversammlung in wesentlich unveränderter Gestalt hervor, so muß die Nation Alles aufstellen, um seine Durchführung zu hindern. So klarlich auch ist ihr zugestandene Zustimmungsrecht ist, da man es auf die etwa verlebten bisherigen Besorgnisse der verschiedenen Landesvertretungen einschränken will, so ist die Zeit doch nicht danach angehan, die Stimme dieser Körperformen zu umgehen oder unwirksam zu machen.

Für Bayern und Württemberg ist in dieser Beziehung allerdings nicht einzustehen; außerdem aber dürfen wohl nur wenige Kammern zu finden sein, welche die Freiheit, die bisher in der Autonomie der Einzelstaaten ihre starke Schutzwehr fand, einer auf Österreichs durchgreifenden Suprematie begründeten und daher von vornherein bodenlos Einheit zu opfern im Stande wären.

tigung“, die Befugnisse der Delegirtenversammlung u. s. w. Über die Suprematie Österreichs, sowie über die Freiheitsrechte des deutschen Volkes soll somit sofort Verfügung getroffen werden. Für die spätere textuelle Fassung offen gelassen bleibt u. A. die Zusammensetzung des Directoriums und dessen Competenz in Betrifft der auswärtigen Politik, offenbar weil Österreich gerade hier manchen Stein des Anstoßes bei dem gegenwärtigen Congress stürzt. Um die Fürsten nicht zu lange in Frankfurt a. M. festzuhalten, sollen dann die Minister das Detail der nicht sofort im Wortlaut festgestellten Bestimmungen berathen — immer unter der Voraussetzung, daß, wenn sie nicht über Änderungen übereinkommen, der ursprüngliche Text einfach Gültigkeit erhält. Schließlich wird als selbstverständliche bemerkt, daß die vereinbarten Bestimmungen, insoweit sie nach den Verfassungen der Einzelstaaten der Zustimmung der Kammer bedürfen, diesen vorgelegt werden sollen.

Sie dürfen diese Analyse des österreichischen Anschreibens als zuverlässig betrachten; außerdem sagt man mir, daß der Styl, in welchem dasselbe abgefaßt ist, von der ausnehmenden Zweisprache zeugt, mit welcher Österreich diese Annahme seines Entwurfs en bloc betreibt. Denn nur dieser Ausdruck ist wohl entsprechend, wenn überholt der Grundsatz aufgestellt ist, daß überall der österreichische Text in Kraft tritt, wo er nicht mit allseitiger Zustimmung abweichen wird.

Für die Prüfung dieses durchgreifenden Documents war den Fürsten nur eine kurze Frist gelassen, und sein Erfolg ist denn in der That ein möglichst vollständiger gewesen. So viel ich erfahre, hat nur Baden gegen die Vorschreibung entschieden Einspruch erhoben. Die andern Fürsten gingen auf den vorgeschlagenen Modus der Berathung ein, und nahmen noch in derselben Sitzung die Artikel 1 (Erweiterung des Bundeszwecks), 2 (neue Organe des Bundes: Directorium, Bundesrat, Versammlung von Bundesabgeordneten, Fürstentagsversammlung, Bundesgericht) und 4 (Bildung des Bundes) im Wortlaut an.

Über die Bedeutung dieser von Österreich geschickten und nachdrücklich durchgesetzten Operation habe ich kaum etwas hinzuzufügen. Es hat den Fürsten die Wahl zwischen seinem Entwurf und dem Chaos gestellt, und die Abwesenheit Preußens verstärkt nur das unheimliche Gefühl, in welches sie diese Alternative versetzt. Österreich hat richtig gerechnet, wenn es den Einfluß der augenblicklichen Stimmungen auf eine solche unmittelbare Action der Souveräne und die Wirkung der Überraschungen sehr hoch veranschlagte. Man hört jetzt viel die Neuverfügung: „Die Fürsten sind unberechenbar.“ Diesem unberechenbaren Element gegenüber besitzt Österreich allein einen festen Plan, für den es alle Mittel seiner auf alte Traditionen begründeten Macht einsetzt. Der einzige ebenbürtige Rival ist dem Kampfplatz fern geblieben.

Allerdings ist die Hauptprobe noch nicht bestanden. Wie ich höre, steht für die auf morgen angekündigte Sitzung der dritten, die Bildung des Directoriums betreffende Artikel auf der Tagesordnung. Hier eröffnet sich ein Zimmelplatz für die verschiedenartigsten Interessen und Ansprüche, und es ist möglich, daß nach dem ersten großen Anlauf hier eine Gegenstromung eintritt. Würde aber auch hier eine rasche Einigung erreicht, so dürfte Österreich für die Annahme aller übrigen Punkte nur noch sehr geringe Schwierigkeiten begegnen. Das Gefüge aller Amendingen, welche in Betrifft der Delegirten-Versammlung aufgestellt werden mögen, ist nicht zweifelhaft; Österreich ist hierin der vollen Unterstützung aller Mittelstaaten und auch eines großen Theils der Kleinstaaten sicher. Baden allein wird überall die Interessen der Volksfreiheit mit unerschütterlicher principieller Consequenz vertreten. Man darf jedoch erwarten, daß wenigstens bei der Schlusstimme sich ihm noch einige kleinere Staaten in Verwerfung des Ganzen anschließen.

Welchen Keim einer besseren Entwicklung man auch in dieser oder jener Einzelheit des Entwurfs entdeckt haben mag, in seiner Totalität ist er unbedingt verwerthlich — das ist hier das Urtheil aller Männer von wahrhaft liberaler Gesinnung aus allen Theilen Deutschlands. Geht er aus der Fürstentagsversammlung in wesentlich unveränderter Gestalt hervor, so muß die Nation Alles aufstellen, um seine Durchführung zu hindern. So klarlich auch ist ihr zugestandene Zustimmungsrecht ist, da man es auf die etwa verlebten bisherigen Besorgnisse der verschiedenen Landesvertretungen einschränken will, so ist die Zeit doch nicht danach angehan, die Stimme dieser Körperformen zu umgehen oder unwirksam zu machen.

Die „Prese“ enthält folgende Depeschen:
Frankfurt, 23. Aug. [Fürstentag.] Der König von Sachsen beantragt, statt der im Entwurfe vorgeschlagenen dreijährigen, alljährliche Einberufung des Bundes-Abgeordnetenhauses in der Reform-Akte vorzuschreiben.

Herr Erzherzog Stephan ist abermals zum Kaiser nach Frankfurt berufen worden.

Ein Memoire Rechberg's an die auswärtigen Minister der deutschen Staaten enthält Andeutungen über die am meisten geeigneten Mittel, um eine rasche Lösung der Reformfrage auf Grund der österreichischen Vorlage an die Bundesgenossen herbeizuführen, sowie darüber, daß die gewichtigsten Beweggründe nicht nur die Einfachmigkeit der Fürsten bezüglich der wesentlichsten Programmpunkte erheben, sondern auch daß sich dieselben nicht früher trennen, als bis die Einleitung des die Grundbasis der Reform bildenden Werkes vollendet sei.

Frankfurt, 23. Aug. 8 Uhr. Heute war Diner bei Sr. M. dem Kaiser, zu welchem Lord Clarendon, Baron Bethmann und Baron Rothschild geladen waren.

Die „Correspondenz Buddeus“ schreibt: Die größeren deutschen Souveräne, Könige und Großherzöge, seien fortwährend mit gleicher Wärme dem Reformwerk zugetan; die Abneigung Badens, welche sich auszusprechen scheine, sei durch die Abwesenheit Roggenbachs motivirt. Dasselbe Organ bezeichnet die Haltung und Aussprüche des Abgeordnetentages als immerhin beziehungsweise erfreulich.

Frankfurt, 23. Aug. Das gestrige Ballfest bei Hrn. v. Bethmann ist überaus glänzend ausgefallen. Se. Maj. der Kaiser erschien nach 9 Uhr, und ließ sich mehrere Notabilitäten und Damen

Der Abgeordnetentag.

Die Rede, mit welcher der Präsident v. Bennigsen am 22. August, Nachm. 4 Uhr, den Abgeordnetentag schloß, lautet wie folgt:

"Meine Herren! Als im vorigen Jahre in Weimar der Abgeordnetentag gegründet wurde, konnte er nur als ein Versuch gelten, einen neuen festen Sammelpunkt für die nationale Bewegung zu schaffen. Wir hatten zwar die Hoffnung, daß etwas Tüchtiges aus dem Abgeordnetentag in seiner weiteren Thätigkeit hervorgehe, damals aber konnten wir nur theoretische Beschlüsse fassen, die erst in weiter Ferne Ausicht hatten zur Ausführung zu gelangen, und wir waren deshalb in Gefahr, mit unsern Beiflüßen Schiffbruch zu leiden. Der Abgeordnetentag hat jetzt aber seine Probe bestanden und zwar keine leichte, weil die Möglichkeit zu befürchten war, daß in seinem Schoße Spaltungen entstehen; er hat sie bestanden in einem Augenblick, wo vielleicht von hoher Seite gehofft, ich will nicht sagen, darauf hingearbeitet wurde, daß in der großen nationalen Partei solche Spaltungen vorkommen möchten. Wir haben in einer Lage, die für die ganze zukünftige Gestaltung Deutschlands von der größten Wichtigkeit sein kann, durch seine durchaus einmütige Haltung gegenüber der deutschen Nation, gegenüber den Regierungen und, soweit es nötig, auch gegenüber dem Auslande gezeigt, daß die Vertreter Deutschlands theoretische Gegenseite fallen lassen, wenn es gilt, sich angefuchts praktischer Entscheidung zu einigen. Was wir hier erlebt haben, wird uns unvergänglich bleiben, uns tragen und unterstützen bei unserer weiteren Thätigkeit. Im Laufe der Debatte sind mehrmals die Worte 'Reform' und 'Revolution' gefallen. Wir sind eine Reformpartei, die nur im Wege der Reform ihre Befreiungen durchzuführen beabsichtigt. Wenn man auch ferner noch, trotz unserm Entgegenkommen, den Bestrebungen der großen nationalen Reformpartei wie bisher feindlich entgegentritt, so fürchte ich, daß es der letzte Versuch ist, wenn dieser scheitert. Und doch kann kein Volk leichter befriedigt werden als das deutsche, denn das deutsche Volk ist nicht blos einmütig, wenn es noth thut, sondern auch sehr gemäßigt in seinen Ansprüchen. Die nationale Reformpartei spricht sich, wenn auch dieser Versuch scheitert, frei von den Folgen; sie will keine Revolution, aber wenn ihren Bestrebungen durch die Widersprüche höherer ein Ziel gesetzt wird, dann wird vielleicht nach ihr eine andere Partei kommen, die nicht so gemäßigt in ihren Ansprüchen ist, und deren Bestrebungen trüben Motiven entspringen. Ich schließe hiermit, indem ich allen für die Einmütigkeit bestens danke, wodurch Sie mich in meinem schwierigen Amt unterstützen haben, den zweiten deutschen Abgeordnetentag."

Nachdem hierauf Hr. Lüning aus Rhode im Namen der Versammlung den Präsidenten für seine Bemühungen gedankt und Hr. Ammermüller aus Stuttgart ein Hoch auf das Vaterland ausgebracht hatte, ging die Versammlung auseinander. Die Präsenzliste der beim Abgeordnetentag hier anwesend gewesenen Mitglieder zeigt 302 Namen.

Über das am Abend stattgefunden Festmahl der Abgeordneten berichtet die „N. Fr. 3.“: Dasselbe war durch zahlreiche eindrucksvolle Reden belebt. Den ersten Toast brachte Dr. Neinganum dem deutschen Vaterlande und seiner Volksvertretung. Seine Rede, welche von dem culturhistorischen Werth Deutschlands und der auf denselben gegründeten Verechtigung des deutschen Volks zur Freiheit und zur Einheit ausging, war schlüssig in ihren Einzelheiten und glänzend durch ihre Energie und Eleganz. v. Bennigsen gedachte der Männer, welche für die politischen Ziele, die der jetzigen jungen Generation hoffentlich nahe sind, ihre Kraft und ihr Leben eingesetzt haben, und er grüßte im Namen der Jungen die Männer der älteren Zeit und insbesondere die Mitglieder des deutschen Parlaments von 1848. Welcher brachte ein Hoch der Jugend, welche einst im deutschen Parlament den Ausdruck für ihre Bestrebungen finden werde. Dr. Heyner von Leipzig brachte ein Hoch der deutschen, freien Stadt Frankfurt, Professor v. Sybel der Freiheit, als der Grundlage für jeden Fortschritt. Müller von Frankfurt sprach in begeisteter Rede von der Verpflichtung Frankfurts, fest zu stehen in dem Kampfe für Deutschlands Macht und Freiheit. v. Unruh gedachte der großen Periode der Befreiungskriege. Schulz-Delitzsch redete von der Bedeutung der Theilnahme der Arbeiter an dem politischen Kampf, sie seien die Gründler des Staates der Zukunft und würden in ihm ihre gebührende Stellung finden. Von den zahlreichen übrigen Rednern erwähnen wir noch Reinhard von Coburg, Meß, Duncker, welche alle lebhaften Beifall fanden.

Preußen.

Berlin, 24. Aug. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allernächst geruht: Den nachstehenden Beamten der königlichen Porzellan-Manufaktur zu Berlin Orden zu verleihen und zwar: Dem Director, Geh. Regierungsrath Kolbe, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, sowie dem Modellmeister Mantel und dem Malerei-Vorsteher Vooschen den rothen Adlerorden vierter Klasse.

Se. Majestät der König haben allernächst geruht: Dem Steuer-Einnnehmer Selter zu Schkeuditz im Kreise Merseburg den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen, die Kreisrichter Wahnschaffe in Dobitsfelde, Menschen und Angern in Stendal zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen, dem Hauptkassen-Rendanten der königlichen Porzellan-Manufaktur zu Berlin, Rechnungs-rath Bier, den Charakter als Geh. Rechnungs-rath, sowie dem practischen Arzt v. Dr. Wilm's in Berlin den Charakter als Geh. Sanitäts-rath und dem Appellationsgerichts-Kanzlisten, Kanzlei-Secretär Mucha in Ratibor, den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

Der königliche Kreis-Baumeister Dresel zu Wesel ist zum königlichen Bau-Inspector ernannt und demselben die Bau-Inspectorfeste zu Wittlich verliehen worden.

Se. Maj. der König haben allernächst geruht: Dem General-Konsul in Bukarest, Wirthlichen Legationsrath Saint-Pierre, die Erlaubniß zur Anlegung des Herzogs zu Sachsen-Meiningen Hoheit ihm verliehenen Commandeurkreuzes des herzoglich sachsen-ernestinischen Hausordens, sowie dem bisherigen Minister-Residenten und General-Konsul in Mexico, Legationsrath v. Wagner, und dem Legations-Kanzlisten Kleefeld zu Madrid, zur Anlegung der von der Königin von Spanien Majestät ihnen verliehenen Decorationen, resp. des Großkreuzes und des Ritterkreuzes des Ordens Isabella der Katholischen, zu ertheilen. (St.-Anz.)

[Über das Befinden Sr. f. H. des Prinzen Albrecht (Sohn) gehen der „Kreuz.“ die folgenden Bulletins zu:

Se. f. H. der Prinz Albrecht (Sohn) litt auch gestern viel an Kopfschmerz, der sich besonders nach Schlaf oder leichter Bewegung des Kopfes steigerte. Wesentlich verminderd erschien die Taubheit des linken Ohrs. Der erste Theil der Nacht verlief ruhig, — es fand einige Stunden Schlaf statt, — der folgende wurde durch erhöhten Schmerz gestört.

Marly, den 23. August 1863.

gez. Dr. Gielen. Dr. Schröter. Dr. Behsemeyer.

Die Besserung im Befinden Sr. f. H. des Prinzen Albrecht (Sohn) dauert in erfreulicher Weise fort, Kopfschmerz im Abnehmen.

Marly, den 24. August 1863, Morgens 8 Uhr.

gez. Dr. Gielen. Dr. Schröter. Dr. Behsemeyer.

[Das ultrafeudale Volksblatt von Natusius bespricht das Bundes-Reform-project] und sagt wörtlich: Eines sollten die Fürsten, und namentlich die norddeutschen, die großen wie die kleinen, wohl bedenken: Wird Preußen zum Austritte aus dem Bunde veranlaßt, so kann es nicht dulden, daß zwischen seinen beiden großen Hälften ein neuer Staatenbund sich drängt. Es möchte auf diesem Fall zu wenigstens vorläufigen Annexionen gewungen sein, vor denen Österreich seine Vasallen nicht zu retten im Stande sein dürfte. Und dieses sollte bedenken, daß der Tag von Olmütz ein Rücktritt Preußens von eigenen falschen Wegen war; gegen ähnliche und auch noch viele schlimmere Agitationen von Österreich wird es keinen Tag von Olmütz geben. Wir hoffen noch immer daß die Fürstenversammlung so schlimme Folgen nicht herbeiführen wird; schlimmstensfalls sezen wir unsere Hoffnung auf das gute Recht von Preußen und auf sein gutes Schwert.

[Beschlagnahme.] Die neueste Nummer der in Leipzig erschei-

nende Wochenschrift „Grenzboten“ ist am Sonnabend hier polizeilich in Beschlag genommen worden.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 22. August. [Ihre Majestät die Königin Wittwe von Preußen] ist gestern Abend gegen 5½ Uhr mit dem Schnellzuge der Main-Neckarbahn hier angekommen und hat ohne Aufenthalt ihre Reise nach Gütershausen fortgesetzt, woselbst sie übernachtet, um heute nach Potsdam weiter zu reisen. Auf dem Bahnhofe wurde Ihre Majestät von dem Könige von Bayern, dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen und mehreren anderen hohen Persönlichkeiten und Gesandten empfangen und begrüßt.

Nassau.

Unruhen in Polen.

Kalisch, 23. August. [Gefechte. — Kirchliche Trauer. — Anleihe.] In der dobraer Gegend fand vorgestern ein bedeutendes Gefecht zwischen 3 Roten russischer Infanterie mit 4 Geschützen und einer gleich großen Abtheilung polnischer Reiterei unter Führung von Paczensky statt. Das Treffen fiel zu Ungunsten der Polen aus und sollen 75 Mann auf dem Platze geblieben sein; der Rest vereinigte sich mit der Abtheilung des Taczanowski; die Verluste der Russen sind fast eben so groß.

In den hiesigen Kirchen wurde heute eine allgemeine Trauer von der Kanzel herab dem Volke anempfohlen und zwar in Folge der Entfernung des Erzbischofs Felsinski aus Warschau. Das Läuten der Glocken hört für eine gewisse Zeit auf, das Singen von Liedern ist untersagt, die Messe wird nur im Stillen abgehalten, die Kirche ist schwarz dekoriert und die Geistlichkeit selbst hat Trauer angelegt.

So eben (Nachmittag 2 Uhr) wird unsere Stadt vollständig abgesperrt und ist es Niemandem gestattet, auch mit einer Legitimation versehen, weder in dieselbe, noch aus derselben zu gehen und hängt diese strenge Maßregel mit der heutigen Verordnung der Geistlichkeit zusammen, zumal dieselbe in sehr energischer Weise gegen die russische Regierung in ihrer Predigt losging und zufolge dessen Verhaftungen vorgenommen werden sollen. Während ich Ihnen mit meinem nächsten Bericht mittheile,

Kalisch, 24. Aug. [Ein schauderhafter Roheit] haben die Russen gegen 3 unshuldige Edelleute ausgetübt. Letzter nämlich begaben sich nach Blazek, um dort Geschäfte abzuwickeln, als sich zu ihu unterwegs ein von den Russen verfolgter Insurgent gesellte, und um Aufnahme bat. Kaum hatte derselbe im Wagen Platz genommen und sich seiner Waffen entledigt, so sprengten die Russen heran, erschossen sofort sämtliche Insassen und beraubten sie vollständig. Die Stadt ist wegen dieser Barbarei in größter Aufruhr, zumal es Leute betrifft, welche mit zu den achtbarsten Grundbesteuern der Umgegend gehören, und am allerwenigsten daran dachten, sich eines Vergehens schuldig gemacht zu haben. — Die Passage in das Innere Polens ist für Jeden gefährlich, und kann nicht genug abgerathen werden. Ramentlich mögen Ausländer die Reise dahin ganz unterlassen. — Die hier inhaftirten Insurgenten werden auf eine jämmerliche Weise mißhandelt, so daß bereits einige schwer krank darniederliegen, an deren Aufkommen man zweifelt, und einer dem Wahnsinn verschlagen ist.

Louis'or 110 B. Oest.Bankn. 89½ b. Goldkronen — Polbankn. 92½ b.

Staats-Anl. 14½ b. 101½ b. b. 100½ b. b.

Staats-Anl. von 1859 52½ 98½ b. b. 100½ b. b.

dito 1850 52½ 98½ b. b. 100½ b. b.

dito 1854 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1855 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1856 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1857 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1858 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1859 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1860 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1861 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1862 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1863 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1864 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1865 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1866 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1867 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1868 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1869 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1870 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1871 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1872 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1873 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1874 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1875 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1876 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1877 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1878 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1879 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1880 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1881 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1882 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1883 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1884 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1885 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1886 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1887 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1888 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1889 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1890 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1891 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1892 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1893 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1894 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1895 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1896 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1897 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1898 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1899 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1900 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1901 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1902 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1903 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1904 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1905 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1906 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1907 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.

dito 1908 14½ 101½ b. b. 100½ b. b.